

Anderungen vorbehalten

Vizekanzler Dr. Hannes ANDROSCH

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ENTWICKLUNGSTENDENZEN
UND IHRE REGIONALPOLITISCHEN AUSWIRKUNGEN

Linz, 1978-03-17

Meine Damen und Herren!

Seit Herbst vergangenen Jahres hat sich in der Einschätzung der internationalen Konjunkturlage wenig geändert. Das internationale Wirtschaftswachstum hat sich im zweiten Halbjahr 1977 abgeschwächt, für das laufende Jahr werden trotz stimulierender Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland und Japan nur geringe Auftriebskräfte erwartet. Für OECD-Europa wird daher für 1978 eine reale Wachstumsrate von 2,5 % prognostiziert.

Zu Besorgnis gibt die weiterhin steigende Tendenz der Arbeitslosenzahlen Anlaß. Die OECD schätzt, daß die Arbeitslosenrate in den europäischen Industrieländern von 5 1/4 % im Jahre 1977 auf 6 % im Jahr 1978 ansteigen wird. Die starken Schwankungen auf den Devisenmärkten bergen die Gefahr deflationistischer Effekte in sich.

Nur wenige Indikatoren entwickeln sich positiv:

- o Der Preisauftrieb in den Industrieländern hat sich in den letzten Monaten stärker als erwartet abgeschwächt.
- o Das Leistungsbilanzdefizit der OECD-Staaten dürfte von 30 Mrd Dollar 1977 auf 18 Mrd Dollar in diesem Jahr zurückfallen. Die Hauptursache ist in der Entwicklung auf dem Erdölmarkt zu finden.
- o In den drei großen europäischen Problemländern Großbritannien, Frankreich und Italien hat sich die Leistungsbilanzsituation deutlich verbessert.

Angesichts der ungelösten Probleme in der weltwirtschaftlichen Entwicklung hat die OECD in Paris eine Änderung ihrer wirtschafts-politischen Strategie diskutiert.

Die bisher vertretene Auffassung, die drei großen Länder Bundesrepublik Deutschland, Japan und die USA hätten durch expansive Maßnahmen eine Belebung der Weltkonjunktur herbeizuführen, wird nicht weiterverfolgt. Anstelle der sogenannten "Lokomotiv-Strategie" tritt nun die "Konvoi-Strategie", d.h. nahezu alle Länder sollten expansive Maßnahmen ergreifen. Im Kern der Argumentation handelt es sich nur um eine "modifizierte Lokomotiv-Strategie": Einige zahlungsbilanzschwache Länder wie Frankreich, Großbritannien und Italien wären nur zu marginal kleinen, expansiven Maßnahmen verhalten. Von den starken Ländern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, erwartet man hingegen, daß sie zusätzliche Stimulierungsmaßnahmen größeren Ausmaßes treffen. Die Chancen, daß die Konvoi-Strategie erfolgreicher sein wird als die Lokomotiv-Strategie, sind relativ gering.

Meine Damen und Herren!

Für Österreich liegen für dieses Jahr einige Daten vor, die vorsichtigen Optimismus rechtfertigen. Die Zahl der Beschäftigten betrug Ende Februar 2,711.817 und war damit um 3.086 höher als im Vormonat und um 34.405 höher als im Februar 1977. Das befürchtete Ansteigen der Winterarbeitslosigkeit auf über 100.00 ist nicht eingetreten.

Die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt dürfen jedoch nicht übersehen werden. Die Zahl der Arbeitslosen lag um 10.586 über jener des Vergleichsmonats 1977. Die Bemühungen, das prognostizierte Ansteigen der Arbeitslosenrate in diesem Jahr so gering als möglich zu halten, müssen verstärkt werden.

Besonders erfreulich ist die Preisentwicklung. Der Großhandelspreisindex blieb von Dezember 1977 auf Jänner 1978 unverändert. Er stieg im Februar 1978 gegenüber dem Vormonat um 1,4 % und gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,5 %. Der Index der Verbraucherpreise lag im Jänner nur um 4 % über dem Wert des Vorjahres. Von Dezember auf Jänner erhöhte er sich um 1 %.

Auch die Außenhandelsergebnisse vom Jänner 1978 zeigen erste Ansätze einer Tendenzwende. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Erreichung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes ein sehr langfristiger Prozeß ist. Die Einfuhren umfaßten im Jänner Waren im Werte von 17.941 Mio S, die Ausfuhren betragen 11.744 Mio S. Daraus ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von 6.197 Mio S. Gegenüber Jänner 1977 haben sich die Einfuhren um 823 Mio S oder 5 % und die Ausfuhren um 1.135 Mio S oder 11 % erhöht.

Die vorläufigen Ergebnisse des Winterfremdenverkehrs 1977/78 lassen ein Ansteigen der Nächtigungszahlen wie der Deviseneinnahmen erwarten.

Durch die anhaltend schwache internationale Konjunkturlage wird sich in der Einschätzung der österreichischen Entwicklung für 1978 wenig ändern: Das reale Wachstum wird rund 2 % betragen, der durchschnittliche Preisanstieg wird um die 4 % Marke liegen.

Dies legt die Fortsetzung des bisherigen vorsichtigen wirtschafts-
politischen Kurses nahe, der alle Möglichkeiten in der Einkommens-
und der Strukturpolitik ausschöpft, um die Wettbewerbsfähigkeit der
österreichischen Wirtschaft im In- und Ausland zu verbessern. Vor allem
müssen jedoch die Anstrengungen, die österreichische Leistungsbilanz
zu verbessern, mit größtem Nachdruck fortgesetzt werden.

Meine Damen und Herren!

Die auftretenden Störungen in der Weltwirtschaft sind nur zum Teil konjunktureller Natur. Vielfach handelt es sich dabei um Entwicklungen, die säkulare Dimensionen aufweisen. Sie sind daher mit einer kurzfristigen Verbesserung der konjunkturellen Lage nicht zu lösen.

Der Aufschwung im Welthandel in den zurückliegenden Jahrzehnten führte zu einer engeren Verflechtung der Wirtschaftsräume. Raschere Übertragungsmechanismen im ökonomischen, verkehrstechnischen sowie medialen Bereich bewirkten, daß es zu einem hohen Grad an gegenseitiger Abhängigkeit kam. Wirtschaftliche Probleme sowie Ansatzpunkte für ihre Lösung sind nicht mehr allein auf die Industriestaaten beschränkt, sondern erfordern ebenso die Einbeziehung der Entwicklungsländer.

Wir sehen uns derzeit mit der Situation konfrontiert, daß großen Märkten mit geringer Kaufkraft auf dem südlichen Teil unserer Welt, große und unausgelastete Kapazitäten auf dem nördlichen Teil gegenüberstehen. Dieses Ungleichgewicht stellt einen permanenten Störfaktor für die weltwirtschaftliche Entwicklung dar.

Der kontinuierliche Aufbau der Wirtschaft der Entwicklungsländer wird durch ihre starke Abhängigkeit von wenigen Produkten, die überdies starken Preisschwankungen unterliegen, erschwert.

Am Beispiel von Jamaika läßt sich dies sehr deutlich demonstrieren: Eines der wichtigsten Ausfuhr Güter dieses Landes, nämlich Zucker, verzeichnete im vergangenen Jahr einen Preisanstieg um 3 %. Die Investitionsgüter, die aus den Industriestaaten zur Weiterentwicklung des Landes eingeführt werden müssen, stiegen hingegen um 9 % im Preis. Dazu kommt noch die Belastung durch den höheren Preis für eingeführte Energie. Das Ergebnis ist eine hoffnungslose Verschuldung. In dieser oder einer ähnlichen Situation befinden sich mehr als 2/3 aller Entwicklungsländer.

Wesentliche Änderungen in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen traten mit der Verfünffachung der Ölpreise ab 1973 ein. Wurde die "Ölkrise" zu Beginn noch als ein kurzfristiges Versorgungsproblem mißdeutet, so zeigten sich in der Folge immer stärker die weitreichenden und weltweiten Konsequenzen.

Die exorbitanten Preissteigerungen hatten die Wirkung einer Steuer, die jedoch vom Ausland - und zwar den OPEC-Ländern - bei den Ölimportländern eingehoben wurde. Zum Unterschied von im Inland eingehobenen Steuern kamen die Zahlungen an die OPEC-Staaten jedoch nicht wieder zur Gänze in Form von Aufträgen an die einzelnen Länder zurück. Dies vor allem deshalb, weil die OPEC-Staaten mangels entsprechender Infrastruktureinrichtungen nicht in der Lage waren, die eingenommenen Ölgelder güterwirtschaftlich voll umzusetzen. Zu kleine Hafenanlagen sowie kaum ausgebaute Verkehrswege einerseits, eine geringe Bevölkerungszahl andererseits, setzen der Absorptionsfähigkeit der OPEC-Staaten Grenzen.

Daraus resultierte eine Nachfragerücke, die zu einer Verringerung der Weltnachfrage und damit zu einer Konjunkturabschwächung führte. Gleichzeitig stellten die anlagesuchenden Ölmilliarden einen Unruhefaktor auf den internationalen Devisenmärkten dar.

Die Industriestaaten haben die mit der Erdölpreiserhöhung einhergehende strukturelle Veränderung nicht akzeptiert. Durch die Tatsache, daß ein Teil der erarbeiteten Güter und Leistungen in andere Länder abwanderte und daher nicht mehr zur Verfügung stand, resultierte eine Verringerung der realen Einkommen.

Durch den Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse wurde die Weltwirtschaft in diesem Jahrzehnt ebenfalls vor neue Bedingungen gestellt. Die Übergangslösung eines mehr oder weniger flexiblen Wechselkurssystems - mit der Hoffnung ausgestattet, die weltweiten Ungleichgewichte besser und reibungsloser bewältigen zu können - hat die Erwartungen bisher nicht erfüllt. Die Ungleichgewichte haben vielmehr noch zugenommen.

Die Summe der Leistungsbilanzdefizite in den Jahren von 1971 bis 1973 belief sich auf rund 60 Mrd Dollar. Im Zeitraum 1974 bis 1976 stieg das gesamte Leistungsbilanzdefizit um das Vierfache auf 230 Mrd Dollar an. Ein beachtlicher Teil dieser Ungleichgewichte geht natürlich auf die Ölpreiserhöhung zurück.

Ölpreiserhöhung, Rezession sowie die Änderung in den Wechselkursen legten in den Industriestaaten schonungslos Strukturmängel offen. Branchen gerieten in Schwierigkeiten, die von der relativen Verbilligung des Erdöls seit den 50iger Jahren profitiert hatten. Andererseits gerieten vor allem auch jene Branchen in Schwierigkeiten, die der internationalen Arbeitsteilung bzw. den Änderungen der Nachfragestruktur hinsichtlich Produkt bzw. Qualität nicht genügend Rechnung getragen hatten.

Mit dem Problem von Überkapazitäten sieht sich vor allem die Stahlindustrie konfrontiert. Nach jahrelangen Lieferungen von Stahlwerken und Know-how an Entwicklungsländer spürt sie nun die Konkurrenz billiger Importe aus diesen Werken.

Bei derzeit stagnierender und auf längere Sicht wohl nur mäßig wachsender Welt-Stahlnachfrage werden in nächster Zeit allein in den Entwicklungsländern 17 Stahlwerke die Produktion aufnehmen, deren Produktionskapazität jeweils über der der VÖEST liegt.

Im Bereich der Chemiefasern bestehen derzeit Überkapazitäten im Ausmaß von über 30 %, die selbst bei komplettem Investitionsstopp bis 1980 nicht ausgelastet werden können. Dennoch werden in Entwicklungs- und Ostblockländern (und nicht nur dort) laufend neue Kapazitäten ge-

schaffen; erstens sind diese Werke wegen Standort- und Lohnkostenvorteilen zum Teil sogar gewinnbringend, zweitens besteht ein starker Druck der Industrie der Industriestaaten, Teile ihrer Produktion dorthin zu verlegen, alte Anlagen dorthin zu verkaufen oder wenigstens am Know-how zu verdienen. Es ist daher anzunehmen, daß die Kapazitäten in Niedrig-Lohn-Ländern rascher wachsen werden als der Bedarf.

Die Textilexporte der ostasiatischen Länder (Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur) sind von 4 1/2 Mrd \$ im Jahr 1970 auf 14 Mrd \$ 1976 gestiegen.

Die Beschäftigung der Textilindustrie ist im Zeitraum 1964 - 1976 in den Niederlanden um 52 % geschrumpft, in Schweden um 50 %, in Belgien und Deutschland um 39 %, in Großbritannien um 35 %, in Dänemark um 30 %, in Italien und Frankreich um 20 %, in Irland um 14 %.

Der freie Verkauf von Textilfasern auf den europäischen Märkten ist so gut wie unmöglich geworden, alle Großproduzenten haben sich an ihren Abnehmern finanziell beteiligt.

Die deutsche Textilindustrie hat ihre Produktion zunehmend ins Ausland verlagert: Die Zahl der Personen, die die deutsche Textilindustrie im Ausland beschäftigt, hat sich zwischen 1966 und 1975 von 23.000 auf 61.000 mehr als verdoppelt. Die inländische Beschäftigung ist im selben

Zeitraum um ein Viertel zurückgegangen. Anfang 1977 dürften auf 100 Inlandsbeschäftigte der deutschen Textilindustrie 10 Auslandsbeschäftigte entfallen.

Meine Damen und Herren!

Mit Sorge registrieren wir die Zunahme protektionistischer Maßnahmen auf den Weltmärkten. So schätzt die OECD, daß bereits 3 bis 5 % des Welthandels von handelshemmenden Tendenzen betroffen ist. Österreich als ein kleines Land, das rund 2/5 seines Bruttonationalproduktes über den Außenhandel schafft, ist davon besonders stark betroffen. Es muß daher alles unternommen werden, um für die Aufrechterhaltung des Freihandels einzutreten.

Es ist bedauerlich, daß gerade jene Länder, die immer wieder uneingeschränkte Bekenntnisse zur Marktwirtschaft ablegen, in ihrer praktischen Wirtschaftspolitik ganz anders verfahren, als es den Grundsätzen entsprechen würde. Dazu zählt die Weigerung der EG, den Zollabbau bei sensiblen Produkten wie Stahl, Edelstahl schneller voranzutreiben, oder aber auch die überfallsartige Schließung der EG-Grenzen für österreichische Rinderexporte. Mit ungerechtfertigten Anti-Dumpingverfahren gegen österreichische Unternehmen wird ausländischen Produzenten die Möglichkeit geschaffen, Kosten- oder Know-how-Nachteile zu kompensieren.

Mehr internationale Solidarität wird notwendig sein, um eine verhängnisvolle "beggar-my-neighbor-policy" zu verhindern. Wesentlich ist es aber auch, die eigenen Möglichkeiten voll auszunützen. Wirksames Mittel gegen protektionistische Maßnahmen ist eine rasche Strukturverbesserung der heimischen Wirtschaft in solchen Bereichen, in denen sich Probleme wie Überkapazitäten oder Billigkonkurrenz nicht stellen. Die im internationalen Vergleich nicht ungünstige Wirtschaftsentwicklung Österreichs muß für diesen Umstellungsprozeß genützt werden.

Meine Damen und Herren!

Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung Oberösterreichs wie die geographische Nähe zur Bundesrepublik bedingt, daß in diesem Bundesland eine erhöhte Sensibilität für diese weltwirtschaftlichen Veränderungen besteht. Der Entwicklung auf dem internationalen Stahlmärkten bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf den VÖEST-Konzern, die Überkapazitäten im Chemiefaser-Bereich spürt man in Lenzing wie in Linz. Die Energiefrage spielt für Ranshofen wie für die WTK eine entscheidende Rolle. Mit den Problemen des zunehmenden Protektionismus ist ein bekanntes Unternehmen der Maschinenbaubranche schon seit vielen Monaten konfrontiert. Nur durch eine aktive Anpassung an die geänderten Umstände - wozu vor allem die Bereitschaft zählt, die Veränderungen durch eine erhöhte Mobilität mitzumachen - kann garantiert werden, daß dem steigenden Arbeitskräfteangebot in Zukunft auch eine entsprechend hohe Zahl an Arbeitsplätze gegenüberstehen wird.

Die Arbeitsmarktprognosen bis 1985 prognostizieren für Österreich einen Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen von rund 400.000, davon rund 75.000 in Oberösterreich. Dies bedeutet, daß jährlich über 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Gleichzeitig muß auch noch Ersatz für jene Arbeitsplätze geschaffen werden, die durch notwendige Rationalisierungen und Modernisierungen verloren gehen.

Meine Damen und Herren!

Durch den Industrielaisierungsprozeß verschob sich in Oberösterreich der Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit seit dem zweiten Weltkrieg vom primären zum sekundären Sektor. Heute ist Oberösterreich eines der bedeutendsten Wirtschaftsgebiete Österreichs. Während sich die Industriebeschäftigung im gesamten Bundesgebiet zwischen 1936 und 1951 verdoppelte, hatte sie sich in Oberösterreich vervierfacht. Erst im Laufe der fünfziger Jahre verlangsamte sich das im Vergleich zur gesamtösterreichischen Entwicklung ungewöhnlich rasche Tempo des Strukturwandels; die Entwicklung paßte sich dem gesamtösterreichischen Wachstumstrend an.

Eine der Gründe für die Verringerung der Dynamik ist die relativ geringe Größe des oberösterreichischen Zentralraums, in dem sich der Umstrukturierungsprozeß im wesentlichen vollzog. Die Arbeitskraftreserven des Inlandes sind begrenzt und nach der wirtschaftlichen Erholung Ostösterreichs nach Abschluß des Staatsvertrages ging auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den östlichen Bundesländern zurück.

Der Strukturwandel wurde auch dadurch gebremst, daß im Anschluß an die Errichtung von großen Unternehmen der Grundstoffindustrie die Industrialisierungswelle nicht mit der Errichtung entsprechend großer Verarbeitungsbetriebe fortgesetzt wurde.

Bedeutung und Anziehungskraft des Zentralraumes werden durch die regionale Disproportion in der Entwicklung des Angebots an Arbeitskräften und Arbeitsplätzen deutlich:

Im Zentralraum gibt es ca. 40.000 Arbeitsplätze mehr als dort Erwerbstätige wohnen, im übrigen Oberösterreich hingegen stehen etwa 250.000 Arbeitsplätzen und 300.000 Erwerbstätige gegenüber.

Innerhalb des Zentralraumes erfolgte eine Konzentration in den Städten Linz, Wels und Steyer. Das Verhältnis von Arbeitsbevölkerung zu wohnhaften Beschäftigten betrug nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung in diesen Städten 1,54 bzw. 1,41 und 1,42. In allen übrigen Bezirken lag es unter 1.

Der Trend der überproportionalen Arbeitsplatzzunahme im Zentralraum wurde Anfang der 70er Jahre unterbrochen. Eine der Hauptgründe für diese Entwicklung war der immer empfindlicher werdende Arbeitskräftemangel in den Ballungszentren, der den Betrieben im Zentralraum für eine weitere Expansion Schranken setzte. Eine Reihe von Unternehmen gründete außerhalb des Zentralraumes Zweigbetriebe. Die Konzentration der Zahl der Arbeitsplätze auf die Städte Linz, Wels und Steyer ging aber weiter.

Meine Damen und Herren!

Das Ungleichgewicht zwischen der Lage der Arbeitsplätze und der Verteilung der Wohnsitze der arbeitenden Menschen ist eine Folge des Strukturwandels und der unterschiedlichen regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Der Anziehungskraft der Ballungsräume können die durch ungünstige Wirtschaftsstruktur oder Verkehrslage benachteiligten Regionen nur wenig entgegensetzen. Da die Zahl und die Qualität der Arbeitsplätze einer Region deren Ertragskraft bestimmen, fehlen den abwanderungsgefährdeten Gebieten auch die Mittel, jene Infrastruktur und Investitionsanreize zu schaffen, die ein weiteres Zurückfallen der betroffenen Region verhindern könnten.

Die Politik, durch Subventionen, Grundstücksschenkungen oder ähnliche Begünstigungen Betriebe anzusiedeln, konnte den Abwanderungsprozeß oftmals nur verzögern, nicht aber aufhalten. Viele der Betriebsgründungen entfielen auf "Niedriglohnbetriebe", die bei guter Konjunktur zwar bestehende Kapazitätsengpässe füllen konnten, bei Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität aber sehr schnell aus dem Markt gedrängt werden.

Meine Damen und Herren!

Die Verringerung der regionalen und sektoralen Ungleichgewichte kann nicht der "unsichtbaren Hand" des Marktes überlassen bleiben. Erfolgt eine Verlagerung von Betrieben aus Ballungszentren erst dann, wenn etwa das Verkehrswesen zusammenbricht, die Luftverschmutzung gefährliche Ausmaße erreicht oder der Freizeitwert so weit sinkt, daß keine Arbeitskräfte mehr gewonnen werden können, dann sind die Kosten zur Beseitigung der Schäden meist viel höher als bei vorausschauenden struktur- und regionalpolitischen Eingriffen durch die "sichtbare Hand" des Staates.

Diese Politik muß folgenden Zielvorstellungen gerecht werden:

1. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Gebieten durch vorrangigen Ausbau der materiellen, sozialen und kulturellen Infrastruktur.
2. Vorrangige Förderung von Entwicklungsschwerpunkten im Einklang mit raumordnungspolitischen Gesichtspunkten.

3. Schaffung differenzierter Arbeitsmärkte und Verbesserung der niedrigen Qualifikationsstruktur, um das vorhandene Beschäftigungsrisiko abzubauen.
4. Die regionale Erholungs- und Freizeitfunktion ist zu erhalten, ihre Nutzung zu sichern. Insbesondere ist auch der Fremdenverkehr wegen seiner Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Für die Bewältigung der regional- und strukturpolitischen Aufgaben ist die Stabilitätspolitik eine wichtige Voraussetzung.

Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung hemmt nicht die strukturelle Verbesserung der Wirtschaft, wie dies von Vertretern der Theorie der "Reinigungskrise" oft behauptet wird. Im Gegenteil, der Ausgleich konjunktureller Schwankungen schafft jenen zeitlichen Spielraum, der eine Anpassung zu den geringstmöglichen Kosten an Arbeitsplätzen und Produktionseinbußen ermöglicht.

Außerdem scheint im Licht der Erfahrungen der letzten Jahre eine stabile Entwicklung an sich positive Auswirkungen zu haben. Wegen der Bedeutung stabiler Erwartungen reicht die

"Stabilisierungsfunktion des öffentlichen Haushalts" weit über den Ausgleich von Nachfrangelücken hinaus.

Meine Damen und Herren!

Die globale Stabilitätspolitik muß einerseits durch regionale und strukturelle Feinabstimmung ergänzt, andererseits durch die Politik der anderen wirtschaftspolitischen Akteure unterstützt werden.

Der oft als Einheit behandelte "öffentliche Sektor" umfaßt Bereiche mit den unterschiedlichsten Aufgaben, deren Politik nicht immer gleichgerichtet ist. Das prozyklische Verhalten von Ländern und Gemeinden zum Beispiel dämpft die Wirkung der Stabilisierungspolitik des Bundes. Die Einflußmöglichkeiten des Bundes auf die nachgeordneten Gebietskörperschaften ist relativ gering.

Eine über die Jahre 1960 - 1974 durchgeführte Untersuchung des öffentlichen Sektors zeigt, daß, entgegen dem Popitz'schen Gesetz, nicht nur keine Zentralisierungstendenz festzustellen war, sondern im Gegenteil ein starker Dezentralisierungsprozeß eingetreten ist.

Die Zunahme der Steuerquote in dieser Zeit ist schwerpunktmäßig den Einnahmen der Länder und der Sozialversicherungsträger zuzuschreiben, und nur in ganz geringem Maße dem Bund.

Während der Anteil des Bundes an den Gesamtausgaben in den Jahren 1960 - 1974 um fast 20 % von 53,4 % auf 43,2 % zurückging, ist derjenige der Länder von 8 % um fast 50 % auf 11,9 % gestiegen. Der Anteil der Sozialversicherungen ist von 19,6 % auf 23,2 % gestiegen. Anteilszunahmen verzeichnen auch die Gemeinden und Wien.

Für die Folgejahre 1975 - 1977 liegt zwar noch kein endgültiges Zahlenmaterial vor.

Durch die Tatsache, daß der Bund die Hauptlast der Rezessionsbekämpfung getragen hat ist jedoch anzunehmen, daß dieser Trend unterbrochen wurde. Auch anhand der Verschuldungsziffern läßt sich dies untermauern: Hatte der Bund seine Verschuldung im Zeitraum 1970 - 1974 von 46,3 % des Budgetvolumens auf 36,7 % gesenkt, so erhöhte sich diese 1975 sprunghaft auf 51 %. Die Länder dagegen senkten den Verschuldungsanteil an den ordentlichen Ausgaben von 19 % im Jahr 1970 auf 13,5 % in 1974 und wiesen 1975 nur eine leichte Steigerung auf 15 % aus.

Während damit der Verschuldungsanteil der Länder 1975 um 4 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 1970 lag, war die Verschuldung des Bundes 1975 um 5 Prozentpunkte höher als 1970.

Meine Damen und Herren!

Die überproportionalen Anstrengungen des Bundes zur Bekämpfung der Rezession und der Arbeitslosigkeit einerseits, die angespannte finanzielle Lage der Gemeinden andererseits werden im neuen Finanzausgleich berücksichtigt werden müssen.

Ich bin zuversichtlich, daß es gelingen wird auch den neuen Finanzausgleich zu paktieren, umso mehr als drei große Problembereiche, die immer wieder zentraler Bestandteil der Verhandlungen waren, bereits gelöst werden konnten:

Die Finanzierung der Krankenanstalten wurde durch die bevorstehende Errichtung eines mit 2,7 Mrd S dotierten Fonds auf eine neue Basis gestellt. Nach einer Übergangszeit von zwei Jahren sollte es möglich sein, vom jetzt nur noch teilweise geltenden Abgangsdeckungsprinzip gänzlich auf eine leistungsbezogene Form der Finanzierung überzugehen.

Gleichzeitig wurde bei den Verhandlungen vereinbart, einen Teil der Einnahmen aus dem 3. Mehrwertsteuersatz für den Wasserwirtschaftsfonds zur Verfügung zu stellen.

Ebenfalls auf eine neue Basis gestellt wurde die Förderung des Nahverkehrs durch die Widmung eines Teils der Mittel der Kfz-Steuer für diesen Zweck.

Bei anderen Zweckzuschüssen ist zu überprüfen, ob sie bzw. ihre Dotierung noch den geänderten Verhältnissen entsprechen. Dies gilt etwa für den Zweckzuschuß zum Pflichtschulbauaufwand, der auf Grund der demographischen Entwicklung und des weitgehend gedeckten Nachholbedarfs keine Berechtigung mehr besitzt.

Meine Damen und Herren!

Ich möchte abschließend meine Ausführungen kurz zusammenfassen:

Die gegenwärtige internationale Konjunkturlage ist unbefriedigend, für Österreich sind aus dem Ausland keine nennens-

werten expansiven Impulse zu erwarten. Hauptaufgabe der österreichischen Wirtschaftspolitik muß es daher sein, das hohe Beschäftigungsniveau langfristig zu sichern. Dies ist nur möglich über aktive Strukturpolitik.

Eine Konsolidierung der Lage der Weltwirtschaft ist nur möglich, wenn die Ursachen der Instabilitäten gemeinsam beseitigt werden. Dazu ist notwendig:

- o die Schaffung eines Währungssystems, das erratische Schwankungen verhindert
- o die befriedigende Lösung des Nord-Süd-Konflikts und der damit zusammenhängenden Problematik der Verschuldung der Entwicklungsländer
- o die Bewältigung der Rohstoff- und Energieprobleme
- o die Verhinderung protektionistischer Maßnahmen.

Österreich gelang es bisher erfolgreich einen eigenständigen Kurs der Wirtschaftspolitik zu steuern, der die Auswirkungen der weltweiten Rezession vermindern konnte. Bei einem koordinierten Vorgehen aller wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger und wenn wir bereit sind, uns den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen, können wir weiterhin "Gesamtstabilität" erreichen.